

Pressespiegel vom 15. bis 17.10.2011

Sächsische Zeitung

Linken-Chef wirft Sachsens Behörden „Gesinnungsjustiz“ vor

Protest gegen die geplante Anklage von André Hahn nach dessen Teilnahme an einer Demo gegen Neonazis.

Berlin/Dresden. Der Parteichef der Linken, Klaus Ernst, hat den Behörden angesichts des bevorstehenden Verfahrens gegen den sächsischen Landtagsfraktionschef André Hahn „Gesinnungsjustiz“ vorgeworfen.

Es sei kein Zufall, dass fast ausschließlich prominente Linke-Politiker von der Justiz wegen der Teilnahme an Anti-Nazi-Protesten verfolgt würden, erklärte er am Freitag in Berlin.

„Das Ansehen Deutschlands wird Schaden nehmen, wenn alle Welt erfährt, dass sich hierzulande wieder Demokraten vor Gericht verantworten müssen, weil sie friedlich gegen Nazis protestieren.“ Ernst forderte die Einstellung aller Verfahren gegen friedliche Protestierer. „Wer Nazi-Aufmärsche friedlich blockiert, nimmt ein demokratisches Recht wahr und begeht keine Straftat.“

Trotz rechtlicher Bedenken hatte der Dresdner Landtag am Mittwoch Hahns Immunität aufgehoben – für Ernst ein „politischer Akt der Unvernunft und der Willkür“. Damit ist eine Anklage wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz möglich.

Die Staatsanwaltschaft Dresden sieht in Hahn einen „Rädelsführer“ der Proteste gegen Neonazis im Februar 2010. Damals waren Tausende auf die Straße gegangen und hatten einen Aufmarsch Rechtsextremer blockiert. (dpa)
http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Linken-Chef_wirft_Sachsens_Behoerden_Gesinnungsjustiz_vor/articleid-2888345

13. Februar: FDP will keine Kooperation mit Linken

Dresden. Der sächsische FDP-Partei- und Fraktionschef Holger Zastrow hat einer bedingungslosen Zusammenarbeit mit linken Parteien beim Protest gegen Neonazis eine Absage erteilt. „Für eine Kooperation fehlt mir das Vertrauen“, sagte Zastrow der Nachrichtenagentur dapd. Er warnte die CDU davor, sich bedingungslos an die Seite linker politischer Kräfte zu stellen: „Die CDU darf linken Kräften nicht auf den Leim gehen, die gewalttätigen Extremisten einen politischen Schutzschirm aufspannen und ihnen ein demokratisches Deckmäntelchen umhängen.“

Ihm fehle eine deutliche Distanzierung der Oppositionsparteien von Gewaltakten gegen Polizisten, sagte Zastrow. Außerdem lehne die FDP Blockaden ab. (dapd)
http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/13_Februar_FDP_will_keine_Kooperation_mit_Linke

Grüne wollen weniger Militär zum 13. Februar

Die offizielle Zeremonie soll nicht mehr auf dem Heidefriedhof, sondern in der Innenstadt sein.

Die Dresdner Grünen wollen das offizielle Gedenken am 13. Februar vom Heidefriedhof in die Innenstadt verlagern. Damit solle die „besondere Würde“ des Friedhofs als Ort der Trauer gewährleistet werden, heißt es in einem Antrag zur „Dresdner Erinnerungskultur“, den die Partei am Sonnabend beschlossen hat. Zudem solle dann an dem neuen Ort die „militärische Präsenz“ reduziert werden. Auch mit der Staatsregierung sei ein Gespräch dazu notwendig, inwiefern „eine besondere Präsenz von Vertretern des Freistaats Sachsen weiterhin notwendig ist“, heißt es in dem Antrag weiter.

Zudem fordern die Grünen die Stadt auf, eine umfassende Ausstellung zur Geschichte Dresdens im Nationalsozialismus zu erarbeiten. Außerdem spricht sich die Partei dafür aus, eine innerstädtische Straße in „Guernica-Straße“ umzubenennen. Die baskische Stadt wurde 1937 während des spanischen Bürgerkrieges von der deutschen Luftwaffe brutal zerstört.

Wegen der langen Debatte über eine „Erinnerungskultur“ in Dresden blieb allerdings ein anderes Thema auf dem Parteitag auf der Strecke: Die Entscheidung darüber, ob es einen Bürgerentscheid zur Königsbrücker Straße geben wird, wurde kurzerhand vertagt. „Wir sind aber grundsätzlich dafür, dass die Bürger entscheiden“, sagte Stadtchef Michael Schmelich. Eine Sonderversammlung der Mitglieder soll nun darüber entscheiden – Schmelich zufolge wird das Treffen höchstwahrscheinlich am 2. November einberufen. (SZ/abi)
<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2888853>

Mitteldeutscher Rundfunk

Weiter Streit um Protest gegen Neonazi-Aufmärsche: Zastrow warnt CDU vor Zusammenarbeit mit Linken

Der sächsische FDP-Partei- und Fraktionschef Holger Zastrow hat einer Zusammenarbeit mit linken Parteien beim Protest gegen die Aufmärsche von Neonazis in Dresden eine Absage erteilt. Für eine Kooperation fehle ihm das Vertrauen, sagte Zastrow der Nachrichtenagentur dapd. Er warnte zugleich den Koalitionspartner CDU davor, sich bedingungslos an die Seite linker politischer Kräfte zu stellen. "Die CDU darf linken Kräften nicht auf den Leim gehen, die gewalttätigen Extremisten einen politischen Schutzschirm aufspannen und ihnen ein demokratisches Deckmäntelchen umhängen", so der FDP-Politiker.

"Distanzierung von Gewaltakten fehlt"

Zur Begründung erklärte der FDP-Politiker, Linke, Grüne und SPD würden sich einer

Grundsatzdebatte darüber verweigern, dass bei den Protesten gegen die Neonazis "auch Steine gegen Polizisten fliegen". Ihm fehle eine deutliche Distanzierung der Oppositionsparteien von diesen Gewaltakten. Außerdem lehne die FDP Blockaden ab. "Erst wenn von der Opposition endlich ein klares Nein zu Blockaden, Gewalt und Linksextremismus kommt, kann man über eine Zusammenarbeit reden", fügte Zastrow hinzu.

CDU-Politiker deutete Gesprächsbereitschaft an

Auslöser für die Warnung Zastrows an den Koalitionspartner war offenbar eine Rede des CDU-Abgeordnete Christian Hartmann im Landtag. In dieser hatte Hartmann die Gesprächsbereitschaft der Christdemokraten angedeutet, um die verhärteten Fronten im Streit um die Proteste gegen Nazidemos in Dresden aufzubrechen. Die CDU sei dafür, künftig "in Sicht und Hörweite zu den Rechtsextremen" friedliche Proteste zuzulassen, hatte Hartmann erklärt. Die Christdemokraten wollten damit ein "Signal des Dialogs" senden. "Auch mit der Linken sind wir bereit, diese Gespräche zu führen", sagte der CDU-Politiker wörtlich.

Hintergründe des Vorstoßes unklar

Unklar ist, ob Hartmann diesen Vorstoß mit der Führung der sächsischen CDU und der der Landtagsfraktion abgestimmt hat. In einem Interview mit der "Bild"-Zeitung sagte CDU-Fraktionschef Steffen Flath, mit der CDU werde es auch künftig "keine Zusammenarbeit mit Blockierern geben". Hartmann erklärte laut dem Bericht, Teile seiner Rede würde er "heute anders formulieren".

Am 19. Februar hatten in Dresden Tausende friedlich gegen einen Aufmarsch von Neonazis protestiert. Am Rande der Demonstrationen war es allerdings zu schweren Ausschreitungen gekommen, bei denen laut dem sächsischen Innenministerium 112 Polizisten von Links- oder Rechtsextremisten verletzt wurden. Im Februar 2012 wollen Rechtsextreme in Dresden erneut aufmarschieren. Deren Gegner mobilisieren ebenfalls bereits wieder für Proteste.

Zuletzt aktualisiert: 15. Oktober 2011, 17:04 Uhr
<http://www.mdr.de/sachsen/streit-um-proteste100.html>

Dresdner Neueste Nachrichten

Grüne wollen Gedenkfeier zum 13. Februar in Dresden vom Heidefriedhof in die Innenstadt verlegen

hp

Die Grünen wollen weg vom Heidefriedhof als zentraler Stätte des Gedenkens an die Bombenangriffe auf Dresden am 13. Februar 1945. Sie sind dafür, die Zeremonie an einen zentralen Ort in der Innenstadt zu verlegen. Das beschlossen sie am Sonnabend einstimmig auf einem Stadtparteitag, zu dem die Grünen im Wechselbad zusammengekommen waren. Die Fraktion soll einen entsprechen Antrag nun im Rat einbringen.

Den Heidefriedhof als Ort des offiziellen Gedenkens nicht mehr zu nutzen heiÙe nicht, ihn zu entwerten, erläuterte Achim Wesjohann aus der Arbeitsgruppe in seiner Begründung. Er halte jedoch den Ort nicht wirklich geeignet für die Zeremonie und verwies dabei auf das Rondell, in dem Dresden als Opferstadt in Zusammenhang mit Auschwitz genannt werde. Auch sei die Inschrift auf der Gedenkmauer (Wie viele starben, wer kennt die Zahl...) angesichts der Ergebnisse der Historikerkommission nicht mehr aktuell. Für verzichtbar halte man bei dem Festakt überhaupt die Anwesenheit von Vertretern des Militärs und der Landesregierung - sie sollten zumindest nicht eigens eingeladen werden.

Vorher hatte Nora Goldenbogen; Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, sich in einem Grußwort zu dem Thema geäußert. Auch sie fand die bisherige Form des Gedenkens am Heidefriedhof problematisch, regte aber an, stattdessen das Rondell und die Gedenkstätte für die in Dresden umgekommenen Zwangsarbeiter miteinzubeziehen. Sie sehe die Notwendigkeit, in Dresden über Erinnerungskultur nachzudenken. "Dass die Neonazis hier so andocken konnten, hängt mit der besonderen Form des Gedenkens zusammen." Sie finde schlimm, dass die Proteste "so stark kriminalisiert werden" und kritisierte in dem Zusammenhang auch die Aufhebung der Immunität des Linksfractionschefs André Hahn, die der Landtag vergangene Woche beschlossen hatte.

Der Stadtparteitag stimmte auch zwei weiteren Punkten in dem Antrag zu. Zum einen solle geprüft werden, inwieweit die Gedenkstätte zum 13. Februar und das Rondell auf dem Heidefriedhof umgestaltet werden könnten, so weit das mit dem Denkmalschutz vereinbar ist. Außerdem wurde der Antrag angenommen, eine Straße oder einen Platz in Dresden nach dem von deutschen und italienischen Flugzeugen bombardierten baskischen Ort Guernica zu benennen. Die Stadt war 1937 das erste Ziel von Luftangriffen auf die zivile Bevölkerung.

Aus den Dresdner Neuesten Nachrichten vom 17.10.2011.

© DNN-Online, 16.10.2011, 20:20 Uhr

[http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?](http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&DetailPortlet_WAR_queport_querystring=Gr)

[p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&DetailPortlet_WAR_queport_querystring=Gr](http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&DetailPortlet_WAR_queport_querystring=Gr)
[uene-wollen-Gedenkfeier-zum-13-Februar-in-Dresden-vom-Heidefriedhof-in-die-Innenstadt-verlegen-2126931370](http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&DetailPortlet_WAR_queport_querystring=Gr)

Sächsischer Verfassungsschutz warnt vor Linksextremismus

Tino Moritz, dpa

Dresden. Der sächsische Verfassungsschutz warnt vor einer wachsenden Militanz bei Linksextremisten. „Die Gewaltbereitschaft nimmt zu“, sagte Präsident Reinhard Boos in einem Gespräch in Dresden. Die Szene verübe auch in Sachsen immer mehr Gewalttaten, zuletzt sei die Anzahl von 89 im Jahr 2009 auf 128 im vergangenen Jahr gestiegen. „Damit wurde sogar die Anzahl der Gewalttaten der Rechtsextremisten übertroffen“, fügte Boos hinzu.

Schwerpunkt seien dabei zuletzt immer die Geschehnisse um den 13. Februar in Dresden gewesen. An dem von Rechtsextremisten seit Jahren für Aufmärsche missbrauchten Jahrestag der Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg gebe es auch schwere Gewalttaten durch Autonome. Dies finde in der öffentlichen Wahrnehmung aus seiner Sicht zu wenig Beachtung. „Darauf muss hingewiesen werden dürfen.“ Damit wolle er keineswegs die friedlichen Proteste gegen die Neonazis kriminalisieren, betonte der Verfassungsschützer.

„Was wir allerdings feststellen ist, dass bei den Protesten von Parteien, Vereinen und Gewerkschaften rund um den 13. Februar in Dresden auch Linksextremisten dabei sind.“ Sie gingen dabei von einem gemeinsamen „Aktionskonsens“ mit den „Nicht-Extremisten“ aus - der darin besteht, einen Aufmarsch von Rechtsextremisten zu verhindern. „Zur Unterstützung einer Blockade wird die Polizei dann eben in unmittelbarer Umgebung mit anderen Dingen beschäftigt: Mit brennenden Müllcontainern zum Beispiel oder zerstörten Autos“, sagte Boos.

Bei den alljährlichen Neonazi-Aufmärschen im Februar in Dresden war es in diesem Jahr zu Gewaltexzessen gekommen. Gewaltbereite Rechts- und Linksextremisten griffen Polizisten an. Dabei sollen mehr als 100 Beamte verletzt worden sein. Im Zuge der Ermittlungen gab es bereits in mehreren Bundesländern Hausdurchsuchungen. Wegen des Vorwurfs der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ sind in Sachsen bislang nur einstige Mitglieder der rechtsextremistischen „Skinheads Sächsische Schweiz“ und „Sturm 34“ verurteilt worden, noch nie aber linke Gruppierungen.

Innerhalb der linken Szene würden die polizeilichen Ermittlungen nach den Gewalttaten vom Februar als „willkürlich, völlig überzogen und politisch motiviert“ dargestellt, sagte Boos. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes genießt der sogenannte Antifaschismus-Kampf unter den Autonomen derzeit oberste Priorität. Angriffe gebe es aber auch auf Einrichtungen des Staates. Boos erinnerte beispielsweise an den Anschlag auf die Albertstadtkaserne der Bundeswehr im Frühjahr 2009, bei dem 42 Fahrzeuge beschädigt worden waren.

Der Präsident des Landesamtes verwies in diesem Zusammenhang auf in der linksextremistischen Szene kursierende Aufrufe mit Parolen wie „Für mehr brennende Bundeswehrfahrzeuge und blockierte Neonaziaufmärsche in Dresden und überall“ oder Bekenntnissen zu „radikalem und militantem Widerstand gegen Nazis, Staat und Kapital“.

Für politisch motivierte Sabotageakte auf Bahnanlagen ähnlich wie im Großraum Berlin liegen dem Verfassungsschutz derweil keine Erkenntnisse vor. „Es gibt bislang keinerlei Anzeichen für Angriffe auf den Bahnverkehr durch Linksextremisten in Sachsen“, sagte Boos. Zwar habe es in der Vergangenheit durchaus Fälle gegeben, in denen die linksextremistische Szene den Bahnverkehr im Freistaat behindert habe. „Das hatte aber eine andere Qualität und war stets anlassbezogen: Es ging dann darum, die An- oder Abreise von Rechtsextremisten etwa zu Aufmärschen rund um den 13. Februar in Dresden zu verhindern“, sagte Boos.

© DNN-Online, 15.10.2011, 09:41 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/nachrichten/detail/-/specific/Saechsischer-Verfassungsschutz-warnt-vor-Linksextremismus-2534708062>
